

einem gläubigen Kommunisten war ein scharfer Kritiker totalitärer Systeme geworden.

Ich danke der Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland für die Herausgabe der vorliegenden Arbeit. Günter Schabowski verdient Anerkennung und Sympathien dafür, dass er entschlossen die Diktatur delegitimiert, auch wenn er sie lange Zeit mit vertreten und mit verantwortet hat. Dieser Verantwortung hat er sich gestellt. Aus einem Gegner ist ein leidenschaftlicher Kämpfer für die Demokratie geworden. Riesengroß war das Herrschaftsgebiet kommunistischer Diktaturen, sehr, sehr klein die Zahl derer, die den Weg Günter Schabowskis gingen. Er kann seinen 80. Geburtstag 2009 freudig, in Dankbarkeit und Würde feiern. Ich gehöre zu denen, die herzlich gratulieren.

Joachim Gauck

Teil 1

Facetten eines politischen Untergangs. Ein Rückblick auf die SED-Endzeit nach 20 Jahren

Auch die „Titanic“ schien unsinkbar. Wie damals und dort eine Bordkapelle noch aufspielte, als der Dampfer schon halb unter Wasser stand, so tönten wir noch realsozialistische Zuversicht, als schon zehntausende Bürger und selbst Teile der SED-Besatzung von Bord des Staatsschiffes DDR gingen.

Bei öffentlichen Diskussionen und Vorträgen verblüffe oder provoziere ich zuweilen manche Zuhörer. Sie stoßen sich an der Rigorosität, an der Gnadenlosigkeit, mit der ich mit dem Sozialismus und mit meiner eigenen politischen Vergangenheit ins Gericht gehe. Zuweilen ist es auch der Vergebungsunwille, der sich gegen die SED-Epigonen richtet, die dank des Großmuts der Demokratie schnelle Auferstehung selbst im Bundestag erfahren haben. Nach dreimaliger Umtaufe zur „Linken“ ist es den Unverbesserlichen und Unbekehrbaren in 20 Jahren bis heute sogar gelungen, das demokratische Parteiengefüge in der Bundesrepublik ins Wanken zu bringen. Je mehr sich der Schleier der Zeit über die Ereignisse legt, desto weniger will mir mancher solche Tonlage abnehmen oder zugestehen. Ich betone deshalb: Ich bin kein objektiverer Historiker, Wissenschaftler, ja, will kein aus vielen, auch gegensätzlichen Quellen schöpfender und wägender Geist sein. So ist das eben bei Proselyten, bei Abtrünnigen, die bekanntlich die Schlimmsten sind. Sie sind es wohl, weil sie das politische Rauschgift gut oder genau kennen, dessen Verführung sie erlegen waren. Aus solcher Erfahrung wächst der Antrieb, aufzudecken, wie im marxistischen Weltdeutungsanspruch und Welterlöserwahn die Entartung keimt.

Immer wieder stoße ich auf intelligente Leute, die über meinen unerbittlichen Antimarxismus indigniert den Kopf schütteln. Ich sage es etwas salopper: Sie äußern sich so, als hätten sie den Marxismus „mit Löffeln gegessen“. Doch sie haben es wohlweislich zu vermeiden gewusst, den nach dieser Rezeptur gerührten Kuchen zu sich zu nehmen, geschweige denn ihn zu backen versucht. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich verüble Marx nicht sein

Denken. Es ist das gute Recht eines jeden Philosophen zu denken oder zu irren. Stets gilt die banale Wahrheit: Nichts, was wir denken, ist gänzlich falsch. Aber alles, was wir denken, ist mit Sicherheit nicht total richtig.

Sicher ist nur – und das hat eine mehr als 80-jährige Versuchsreihe bewiesen –, es bekommt weder der Philosophie noch einer Macht, auch einer Politik, die noch nicht Macht geworden ist, wenn sie eine Philosophie zu ihrem ausschließlichen Verhaltensbrevier erhebt. Auf SED-Deutsch: Der Marxismus-Leninismus bestimmte die Generallinie der Partei, die jeweils von Parteitag zu Parteitag, in fünfjährigen Intervallen festgelegt wurde, und zwar dadurch, dass man Philosophie zum alleinigen Deutungsmuster für die Wirklichkeit machte. Ja, die eigentliche Wirklichkeit war für uns nicht die chaotische Oberfläche, die um uns wogte und waberte, sondern waren die „Marx’schen Gesetze“, die unter oder hinter dieser Oberfläche wirkten.

Einer der klügsten widerständigen Köpfe in der DDR, der Theologe Richard Schröder, hat auf die Frage: „Welchen Platz kann die Philosophie künftig in unserem Lande beanspruchen und vor welchen Aufgaben steht sie?“ als Quintessenz geantwortet: „Nicht zu nahe an der Macht, um der Korruption zu entgehen, und nahe genug an der Öffentlichkeit, um gehört zu werden, das ist der Platz der Philosophie.“ Und weiter schreibt er jeglicher Politik ins Stammbuch: „Macht ist ... Entscheidungsbefugnis, und wer sie innehat, hat ihren Gebrauch selbst zu verantworten in den Grenzen seiner Zuständigkeit. Die Philosophen können niemandem seine Verantwortung abnehmen. Sie sind weder die professionellen Besserwisser noch die berufenen Handlungsanweiser. Sie stehen sozusagen bloß daneben. Sie interpretieren bloß und handeln nicht. Sie breiten Argumente und Gesichtspunkte aus, wägen sie ab, streiten darum und werden damit nie fertig.“ Auch nach 40 Jahren DDR hatten wir lediglich den Status professioneller Besserwisser erlangt und waren nicht reif für solchen Zuspruch. Ca. 50.000 sind es bis heute nicht!

Der Mauerfall vom 9. November 1989 war mehr als nur ein deutscher Glücksfall. Mit ihm verbunden war das Geraderücken oder die Wiedergewinnung von Grundwerten als Quintessenz aus dem vieltausendjährigen Weg durch die Geschichte, gesäumt von allerlei Irrwegen. Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft – ungeachtet oder wegen ihrer Unvollkommenheit – sind nach den nicht nur unergiebigem, sondern auch unheilvollen Versuchen von Kommunismus und extremistischem, rassistischem Nationalismus wieder als sichernde

Leitplanken menschlichen Zusammenlebens erkannt (und haben an Unbezweifelbarkeit gewonnen). Das gescheiterte kommunistische Gesellschaftskonzept hat sich als Anmaßung eines falschen Denkens erwiesen, das zu geistiger Erstarrung führt. Der Mensch ist nie dagegen gefeit, den Erkenntnisgrad, zu dem er gelangt ist, zu überschätzen und zu generalisieren. Der Marxismus ist eine Ideeengeburt des 19. Jahrhunderts. Was wusste Marx von IT, was wusste er vom nuklearen Overkill, der dem Antagonismus, die Unnachgiebigkeit der inzwischen entstandenen Weltlager die Dimension der Menschheitsvernichtung verlieh? Also Klassenkampf mit der Konsequenz des Klassenselbstmordes. Die sich vor nahezu zwei Jahrhunderten vollziehende erste industrielle Revolution erzeugte eine bis dahin nie gekannte Art und Dimension von Produktivität, aber auch von sozialer Konfrontation ... Die Faszination des Mach- und Steuerbaren von allem und jedem, die Fabriken, einerseits mit ihren rechtlosen Proletarierkohorten, andererseits mit ihren Dampfmaschinen in der Hand von Rohkapitalisten, mit ihren ratternden Transmissionen und den nie gekannten Warenausstößen, provozierten und nährten seinerzeit den Willen, sich auf das widersprüchliche Bild von Reichtum und Elend einen weltverändernden philosophischen Vers zu machen. Die unruhigen Jahre nach der Französischen Revolution bis weit in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts mit ihren revolutionären, liberal-freiheitlichen Aufwallungen gegen Feudalprivilegien und kleinstaatliche Hemmnisse mögen die Illusionen vom gewaltsamen Vom-Kopf-auf-die-Füße-Stellen der Gesellschaft und von einer sich wie ein Tsunami ausbreitenden weltweiten Erhebung des rechtlosen Bodensatzes beflügelt haben.

Man gewinnt jedenfalls den Eindruck, wenn man in Marx-Biografien, beispielsweise in der von Francis Wheen liest, wie der Rauschebart aus Trier und sein Verschwörerhäuflein damals bei jedem sich irgendwo regenden sozialen Protest den unverzüglichen Ausbruch einer Weltrevolution zu wittern meinte. Die blieb zwar aus, aber mit dem Kommunistischen Manifest von 1848 brachte Marx diese Vision dauerhaft zu Papier. Seine Philosophie wollten er und die darauf fußenden kommunistischen Parteien auf die Gesellschaft „angewendet“, „vollstreckt“ wissen, unrevidierbar wie ein Gerichtsurteil der höchsten Instanz und ohne Rücksicht auf die materiellen, sozialen, politischen und sonstigen Veränderungen und Entwicklungen, deren permanenter Urheber der Mensch immer bleiben wird.

Die Utopie wandelte sich in den Köpfen ihrer kommunistischen Verfechter, die sich zu Heilsbringern bevollmächtigten, zum Utopiesyndrom. Was hieß, die

heilige Mission und das darauf fußende politische Konstrukt kann und darf unter keinen Umständen in Zweifel gezogen werden. Schuld am zeitweiligen möglichen Versagen ist nur das „Objekt“, nämlich die sich ihrer Mission nicht oder noch nicht bewusste, bislang ausgebeutete Masse. In der politischen Praxis, also in der Machtausübung, wurde es zu einem System absoluter Rechtshaberei. Die Theorie wurde zur Staatsphilosophie erhoben und wie Mörtel in einem Bauwerk zur Bindekraft eines politischen Systems funktionalisiert. Das hat ihre antihumane, menschenfeindliche Entartung; letztlich ihr Fiasko und das des Systems bewirkt, auch in der DDR.

1. Die ungarische Initialzündung vom 2. Mai

Für mich beginnt die letzte Phase des Niedergangs der SED-Macht mit dem 2. Mai 1989. Es war ein Dienstag. Das Politbüro (PB) pflegte dienstags seine wöchentlichen Sitzungen abzuhalten. Wie üblich gegen zehn Uhr betrat Parteichef Honecker, der Generalsekretär des Zentralkomitees, den Sitzungsraum. An hufeisenförmig zusammengestellten Tischen saßen die 26 Mitglieder und (nicht stimmberechtigten) Kandidaten des Politbüros. Mit dem Verlesen des Protokolls der letzten Zusammenkunft begann jedes Mal das Sitzungsritual. Bis gegen 13 Uhr wurden ohne große Diskussion die jeweils 15 bis 20 Vorlagen von den Einbringern begründet und vom höchsten Parteigremium stets einstimmig verabschiedet.

An diesem Tag war etwas geschehen, das die Monotonie des üblichen Ablaufs durchbrach. Honecker setzte sich nicht, sondern wandte sich stehend an das Gremium. „Habt Ihr mitbekommen, die Ungarn haben ihren Stacheldraht an der Grenze zu Österreich mit Drahtscheren aufgeschnitten ...“

Honeckers Referenten hatten ihn offensichtlich über entsprechende westliche Fernsehberichte informiert, die an diesem Tage schon vormittags um die Welt gingen. Sich an den Verteidigungsminister, das PB-Mitglied Heinz Keßler, wendend erteilte er leger den Auftrag, dem Keßler unverzüglich nachkam: „Heinz, sprich doch mal mit Deinem Partner in Budapest, was das soll.“ Keßler verließ den Raum, um ein Telefonat mit ungarischen Militärs in Budapest zu führen. Nach einigen Minuten kehrte er zurück. Honecker unterbrach die inzwischen begonnene Beratung und richtete einen fragenden Blick auf „Heinz“. Der sagte,

dass die ungarischen Genossen ihm versichert hätten, dass hinter der Schau mal wieder der Horn stecke.¹ Die deutschen Genossen – so die ungarische Generalität zu Keßler – könnten sicher sein, dass die Armee die Westgrenze dichthalten werde.

Es gab keine Debatte über den Vorfall. Scheinbar begnügte sich Honecker mit der Versicherung, die Keßler von seinem Amtskollegen erhalten hatte. Tatsächlich war er beunruhigt wie alle im Politbüro. Der ungarische Verstoß gegen die Blockraison berührte ganz unmittelbar die Interessen der DDR. Eine offene oder lädierte Westgrenze in Ungarn, das wäre der erste offizielle Riss in der Grenze des „Lagers“, d.h. eine bedrohliche Lücke im Eisernen Vorhang. Und eine Ermunterung für fluchtgeneigte DDR-Bürger!

Nach der Sitzung veranlasste Honecker, dass der DDR-Außenminister nach Moskau fuhr, um eine Reaktion der Sowjetunion, besser noch des Warschauer Paktes, auf diesen beispiellosen ungarischen Alleingang einzufordern.

Aufschlussreich ist, dass Honecker nicht über die WTscho-Leitung, die direkte geheime Telefonleitung in den Kreml, darüber selbst mit Gorbatschow sprach. Ob er mit einer Abfuhr rechnete, der er sich so direkt nicht aussetzen wollte? Der Außenminister brachte die Bestätigung. Amtskollege Eduard Schewardnadse habe ihm bedeutet (im Sinne der „Sinatra-Doktrin“² d. V.), dass man nichts gegen den ungarischen Vorgang zu unternehmen gedenke noch befugt sei. Die Lage sei anders als in der DDR. Es gebe ja keine ungarische Bundesrepublik im Westen, und DDR-Bürger würden natürlich weiterhin nicht ohne Genehmigung die Grenze überschreiten dürfen. Die Sowjetunion könne (und wolle) jedenfalls nicht gegen ein Bruderland einschreiten. Es folgte noch eine Bemerkung, die eher lächerlich wirkte, als dass sie die Befürchtungen der SED-Spitze ernsthaft hätte zerstreuen können: Der Eiserne Vorhang in Ungarn, also die Grenze zum westlichen Lager, sei ja – so der sowjetische Außenminister – eine Grenze aus Stacheldraht. Die müsste ja ohne dies alle paar Jahre wegen Witterungseinflüssen erneuert werden. Das habe Horn nicht ganz einwandfrei als Lockerungs- oder Reformgeste propagandistisch genutzt. – Das etwa bekam das SED-Politbüro in den nächsten Tagen über die erfolglose Mission des DDR-Außenministers zu hören.

Wie reflektierten wir die Lage? – Der Schritt der ungarischen Reformkommunisten hatte weit reichende Folgen; nicht allein, dass er die Bürger beflügelte, mit den Füßen gegen den Staat zu stimmen, den sie nicht länger ertragen wollten. Er hinterließ auch Wirkungen in einigen SED-Köpfen. Dass Moskau

trotz Drängens der DDR-Führung nichts mehr unternahm, um die Ungarn auf den Pfad der Blocktugend zurückzurufen, bedeutete eine alarmierende Zäsur. Damit war weit mehr passiert als nur ein ungarisches Fluchtloch für DDR-Bürger in den Westen. Einigen, die noch zu denken imstande waren im Politbüro, schwante, dass künftig weder von den Mitgliedstaaten noch von der Führungsmacht des Warschauer Paktes unbedingte Garantien für den Bestand der DDR zu erwarten waren. Das Unwägbar hatte Einzug gehalten in die durch atomare Arsenale auf ewig unverrückbar scheinenden Bedingungen der Koexistenz zwischen beiden Lagern. Die östliche Blockkräson begann sich zuzubewegen auf die Maxime „Jeder ist sich selbst der Nächste“ und später „Rette sich, wer kann!“. In den erwähnten Hirnen des SED-Politbüros rief das eine Suche nach Auswegen hervor, von der sie selbst überrascht waren. Sie sagten sich, eine im Ostblock isolierte oder sich von ihm emanzipieren wollende DDR würde nur auf einen „Partner“ rechnen können: Die am Einheitsgebot ihrer Verfassung festhaltende Bundesrepublik, also die auf den ersten Blick aberwitzige Vorstellung vom Klassenfeind Nr. 1 als Bestandssicherer seines sozialistischen Widerparts.

Im Grunde bedeutete das nicht mehr und nicht weniger, so unser Kalkül, als dass man von westdeutscher Seite alles begrüßen würde, was das Zusammenrücken, die Kooperation mit dem anderen Staat befördern könnte. Die Einheit oder die unmittelbare Vereinigung schien damit für uns noch lange nicht auf der Tagesordnung zu stehen. Sie würde dem vom Westen in Gang gesetzten europäischen Prozess nicht dienlich sein. Da passten schon die Engländer und Franzosen, aber auch mancher kleinere Nato-Verbündete auf. Das künftige einige Europa schien ihnen kaum verdaulich mit einem gesamtdeutschen Koloss im Zentrum. Daher versicherten Thatcher und Mitterand Ende '89 noch Gorbatschow, dass das Moskauer Reservat namens DDR auch im künftigen europäischen Haus Wohnrecht erhalten werde. Die Vorbehalte der Bonner Verbündeten, die uns nicht entgangen waren, schienen uns folglich so etwas wie eine weitere Bestandsgarantie für die DDR zu sein. Es ließ uns auch auf bundesrepublikanische Infusionen für die siehe Kommandowirtschaft der DDR hoffen.

Wie gesagt, der Klassenfeind als Schutzengel – das war die paradox erscheinende Logik der neuen Situation, an die sich, zunächst vereinzelt, die zu gewöhnen begannen, die sich allmählich zum Sturz Honeckers zusammenfanden. Sie leitete die Überlegung, dass nichts geschehen dürfe, was das Verhältnis zur Bundesrepublik irreparabel verschlechtern könnte. Vorstellungen

von einer Konföderation aus der DDR-Frühzeit wurden von diesem und jenem als mittelfristige Lösung erwogen.

Honeckers Sturz war – wie verspätet auch immer – besiegelt, als er im Politbüro seine Gedankenspiele über das „Aufmarschieren“ von Panzern in Leipzig laut werden ließ. Ein dadurch hervorgerufenen Blutbad hätte auch die (heterogene) Gruppe von „Reformwilligen“ in der SED-Spitze kompromittiert und für Gespräche mit Bonn hoffnungslos disqualifiziert. Die Normalisierung des Reiseverkehrs und die Öffnung der Mauer, wozu wir uns nach Monaten unter dem öffentlichen Druck entschlossen, schienen uns mit Blick auf Bonn keinem Risiko auszusetzen. Solche Schritte würden uns nur als künftige verlässliche Partner der Bundesregierung empfehlen.

Von dieser Art waren die Langzeitwirkungen des ungarischen Husarenstücks vom Mai 1989.

2. Gorbatschow und die deutsche Einheit

An dieser Stelle ist es angebracht, einige Sätze über das Wirken Michail Gorbatschows zu verlieren, also über eine Farbe, ohne die das Mosaik jener Zeit nicht zu denken ist.

Es waren die Fernsehbilder, die sich mir nach dem Machtantritt Gorbatschows seit März 1985 einprägten. Da stand jener Mann mit einem Muttermal auf der Stirn, scheinbar ohne die Abschirmung, die rote Potentaten sonst zu umgeben schien, auf der Straße in irgendeiner russischen Stadt inmitten normaler Bürger, diskutierte und lachte, erörterte mit ihnen Alltagsprobleme und die große Politik, warb um Vertrauen und Verständnis. Kaum zu glauben, dass da ein Generalsekretär, der mächtigste Mann des Sowjetstaates am Agieren war. Ich ahnte, es war nicht nur ein Stilwandel, der sich da vor meinen Augen abspielte. Daraus mussten früher oder später auch andere, inhaltliche Veränderungen erwachsen. Aber das erstarrte System der Sowjetmacht, das wir alle imitiert hatten, verfügte über keine Reserven an Elastizität. Am Ende sprengte das die Verklammerungen, die den Ostblock zusammenhielten. Die politische Tektonik der Welt veränderte sich. Überblicken wir heute den jahrzehntelangen, schwierigen Weg der Deutschen